

Informationsdienst der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. (DGVN)

Inhaltsverzeichnis

- 1 Frauen und internationale Migration**
Weltbevölkerungsbericht 2006
- 4 Wenn Staaten lernen lernen**
Der hochrangige Dialog über Migration und Entwicklung
- 5 Globale Migration am Beginn des 21. Jahrhunderts**
DGVN-Fachtagung in Berlin
- 6 Mehr Menschen in Hitze und Staub**
Das Internationale Jahr der Wüsten und Wüstenbildung
- 8 Ausgrenzung macht Kinder „unsichtbar“**
UNICEF-Jahresbericht 2006
- 10 „Rent-a-womb“**
Fortpflanzungstourismus als Outsourcing-Geschäft
- 11 WHO warnt vor Personal-mangel im Gesundheitswesen**
- 11 Tsunami-Ehen in Tamil Nadu**
- 11 UNO-Gespräch**
Weltdekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“
- 12 Arm und nicht glücklich**
- 12 Die Welt als Dorf**
- 12 Entwicklungsfinanzierung**
Social Watch Deutschland Report 2006

Frauen und internationale Migration

Weltbevölkerungsbericht 2006

Eine humane Migrationspolitik müsse die Gleichberechtigung von Frauen, die Menschenrechte und die Armutsbekämpfung stärker berücksichtigen, fordert der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA). Im neuen Weltbevölkerungsbericht 2006 „Der Weg der Hoffnung. Frauen und internationale Migration“ nimmt UNFPA vor allem die Situation der 95 Millionen Frauen in den Blick, die in einem anderen als ihrem Heimatland leben. Der Bericht, auf deutsch veröffentlicht von der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung (DSW), wurde im Vorfeld des ersten Migrationsgipfels der Vereinten Nationen Anfang September in Berlin vorgestellt.

Fast die Hälfte aller weltweit lebenden 191 Millionen Migrantinnen sind Frauen. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Armutsbekämpfung und Entwicklung. Zwar überweisen Frauen insgesamt weniger Geld in die Heimat als Männer, weil sie in der Regel für gleiche Arbeit schlechter bezahlt werden oder in Branchen beschäftigt sind, die niedrige Löhne zahlen. Doch: „Frauen schicken einen weitaus höheren Anteil ihres Einkommens nach Hause als Männer“, so

UNFPA-Vertreterin Bettina Maas. Zum Beispiel überwiesen Migrantinnen aus Bangladesch, die im Nahen Osten arbeiteten, durchschnittlich 72 Prozent ihres Einkommens an ihre Familien. Davon fließe der überwiegende Teil in die Gesundheitsversorgung und die Bildung der Kinder. Ähnliches gilt auch für Sri Lanka, wo 1999 rund 62 Prozent der Rücküberweisungen von Frauen stammten, oder für die Philippinen, wo ihr Anteil etwa ein Drittel ausmacht. Frauen



Die Feminisierung der Migration: Zahlen und Trends

In den vergangenen 40 Jahren sind fast genauso viele Frauen migriert wie Männer. Mit Ausnahme von Afrika und Asien gab es in allen Regionen der Welt im Jahr 2005 etwas mehr weibliche als männliche Einwanderer. Die Mehrzahl der Frauen, die nach Australien, Neuseeland, Europa und Nordamerika einwandern, tun dies aus Gründen der Familienzusammenführung, gefolgt von der Suche nach Arbeit und Asyl.

In Asien ist die Zahl der Einwanderinnen aus einigen Ländern inzwischen höher als die der männlichen Einwanderer. Im Jahr 2000 arbeiteten schätzungsweise zwei Millionen Asiatinnen in Nachbarländern. Auf jeden männlichen Migranten, der 2002 aus Sri Lanka auswanderte, kamen zwei Migrantinnen. Durchschnittlich 79 Prozent der Emigranten, die zwischen 2000 und 2003 Indonesien verließen, um im Ausland zu arbeiten, waren Frauen. Mitte der 1990er Jahre gingen jährlich schätzungsweise 800.000 Asiatinnen in den Nahen Osten.

Auch Frauen aus Lateinamerika und der Karibik sind äußerst mobil. Von allen Entwicklungsregionen war Lateinamerika die erste, die bereits 1990 genauso viele weibliche wie männliche Emigranten entsandte. Zu den Zielregionen gehören Europa, Nordamerika und andere Länder in Südamerika. Der Trend zur Feminisierung der Migration ist auch in Mittel- und Südamerika auffallend stark.

In Afrika tragen weit verbreitete Armut, Krankheiten, die Verschlechterung der Bodenqualität und hohe Arbeitslosigkeit unter Männern dazu bei, dass die Zahl der Migrantinnen stetig und schneller steigt als im globalen Durchschnitt. Im Jahr 2005 waren 47 Prozent der 17 Millionen Migranten in Afrika Frauen. 1960 waren es noch 42 Prozent gewesen.

In der arabischen Region wird die Mobilität von Frauen weiterhin durch soziokulturelle Normen eingeschränkt. Die Migrationsströme werden von jungen Männern aus ärmeren Ländern dominiert, die in reichere, Öl fördernde Länder einwandern, um die Nachfrage nach Arbeitern für den Bausektor und die Infrastruktur zu befriedigen, die sich im Kielwasser des Ölbooms entfaltet hat.

Quelle: Weltbevölkerungsbericht 2006

investieren eher in ihre Kinder als Männer. In traditionelleren Gesellschaften haben sie zudem meist wenig Kontrolle über finanzielle Entscheidungen, Vermögenswerte und Eigentum. Im Gegensatz dazu geben Männer das Geld eher für Konsumgüter wie Autos und Fernsehgeräte aus, oder aber für Investitionen, z.B. in Grundbesitz und Vieh.

Auch über die Rücküberweisungen hinaus leisten Migrantinnen einen erheblichen Beitrag für die Gemeinschaften in ihrer Heimat. Frauen, die im Ausland leben, erwerben oft Einstellungen, Meinungen und Wissen, die auch die Gesundheit ihrer Familie im Heimatland verbessern können. In einem Bericht der Weltbank werden die verbesserte Gesundheit und niedrigere Sterberaten von Kindern der Gesundheitsbildung zugeschrieben, die Migrantinnen im Ausland erwerben. Dies treffe für Familien in Guatemala, Mexiko und Marokko zu. Allgemein habe die Migration von Müttern eine weitaus größere Auswirkung auf die Verbesserung der Gesundheit der Familie als die der Väter.

Schattenseiten der Migration

Die internationale Migration kann die Gleichstellung der Geschlechter und das Empowerment von Frauen fördern. Weil Frauen und Männer jedoch nicht die gleichen Chancen haben und als Migranten unterschiedlichen Gefahren ausgesetzt sind, könnte die Geschlechtszugehörigkeit der wichtigste Faktor dafür sein, welche Erfahrungen sie machen, betont die Internationale Migrationsorganisation (IOM).

Doch sie haben auch mit besonderen Problemen und Gefahren zu kämpfen. So weist UNFPA auf die schwierige Situation der Opfer des Menschenhandels hin. Schätzungsweise 600.000 bis 800.000 Menschen würden jedes Jahr über Staatsgrenzen hinweg verschleppt und verkauft, 80 Prozent von ihnen sind Frauen und Mädchen. Sie werden meist zur Prostitution, zur Arbeit im Haushalt oder in Fabriken, so genannten Sweatshops, gezwungen, wo Menschen unter ausbeuterischen Bedingungen arbeiten.



Durch eine verfehlte Politik würden Frauen auch oft in unregelmäßige Beschäftigungssektoren abgedrängt. Zwar hilft die Arbeit in privaten Haushalten Millionen Migrantinnen, ihr eigenes und das Leben ihrer Kinder zu verbessern, doch sie kann auch ernste Gefahren bergen. Hausangestellte werden geschlagen, vergewaltigt und ausgebeutet. Man verweigert ihnen den Lohn und arbeitsfreie Tage. Ihre Privatsphäre wird missachtet, der Zugang zu medizinischer Versorgung wird ihnen verwehrt und sie werden verbal und psychisch misshandelt. Oftmals werden ihnen ihre Papiere abgenommen. Hausangestellte sind meist nicht durch das nationale Arbeitsrecht geschützt oder dürfen sich nicht in Gewerkschaften zusammenschließen. Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es nur in 19 Staaten Gesetze bzw. Regelungen, die sich speziell auf die Arbeit von Hausangestellten beziehen.

Frauen auf der Flucht

Eine erzwungene Migration birgt viele Risiken und Gefahren: während der Flucht, an vorläufigen Zufluchtsorten und im Zielland – vor allem für Frauen

Migration und HIV/Aids

Entgegen den Stereotypen und verbreiteten Annahmen erhöhen weder Migrantinnen noch die Migration per se das HIV-Infektionsrisiko. Vielmehr sind es die oft schwierigen Umstände und Gefahren der Migration, die viele Zuwanderer einem höheren Infektionsrisiko aussetzen. Obwohl kaum Daten über den Zusammenhang von Migration und HIV in den ärmeren Regionen der Welt vorliegen, wird Migration mit einer höheren Anfälligkeit für Infektionskrankheiten in Verbindung gebracht. Laut Daten aus Mosambik breitet sich HIV am schnellsten in den Provinzen aus, durch die die zentralen Verkehrsadern nach Malawi, Südafrika und Simbabwe verlaufen – und in Provinzen mit dem höchsten Anteil an in Südafrika und Simbabwe arbeitenden Migrantinnen.

Jugend im Aufbruch

Heute sind etwa ein Drittel aller internationalen Migranten junge Menschen zwischen 10 und 24 Jahren. Umfragen in Mexiko und Mittelamerika zufolge waren 40 Prozent der Neuzuwanderer Jugendliche im Alter zwischen 14 und 17 Jahren. Untersuchungen an der Grenze zwischen Thailand, Myanmar und China ergaben, dass schon Dreizehnjährige ohne Begleitung migrieren.

Industrieländer, insbesondere diejenigen mit alternder Bevölkerung, profitieren von jungen Einwanderern. Denn junge Migranten übernehmen nicht nur gering qualifizierte Arbeiten, sie stellen auch einen wachsenden Anteil hoch qualifizierter Arbeitskräfte. Junge Menschen wandern aus, weil sie in ihrem Heimatland keine Arbeit finden, weil sie ihre Ausbildung fortsetzen oder in einem einigermaßen sicheren Umfeld leben wollen.

In „Moving Young“, einer Beilage zur englischen Originalausgabe des diesjährigen Weltbevölkerungsberichts, lässt der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) jugendliche Migrantinnen und Migranten aus zehn Ländern zu Wort kommen. Die persönlichen Geschichten der Jugendlichen zeigen die Herausforderungen und Chancen auf, vor denen junge Migrantinnen und Migranten stehen. Doch auch die besonderen Gefahren, denen Jugendliche ausgesetzt sind, werden deutlich – und der Bedarf an migrationspolitischen Handlungskonzepten, die der Situation der Jugendlichen besonders Rechnung tragen.

und Mädchen. Im Jahr 2005 waren etwa die Hälfte der weltweit 12,7 Millionen Flüchtlinge Frauen. Im Gegensatz dazu sind in der Gruppe der Asylbewerber nur wenige Frauen zu finden, weil geschlechtsspezifische Verfolgungsgründe oft nicht anerkannt werden.

Beim Ausbruch bewaffneter Konflikte sind es meist Frauen und Mädchen, die Kinder, Alte und Schwache betreuen. Oft werden sie von bewaffneten Milizen vergewaltigt. Die Folge sind Verletzungen, ungewollte Schwangerschaften und Infektionen mit sexuell übertragbaren Krankheiten, einschließlich HIV/Aids. Es wird geschätzt, dass im Durchschnitt etwa 25 Prozent aller Flüchtlingsfrauen im gebärfähigen Alter schwanger sind. Bestimmte Gruppen von Frauen sind schwächer als andere und benötigen besonderen Schutz und Unterstützung, darunter Haushaltsvorstände, ehemalige Soldatinnen, Alte, Behinderte, Witwen, junge Mütter und heranwachsende Mädchen ohne Familienbegleitung.

Menschenrechte schützen, kulturelle Vielfalt fördern

Verstärkte Anstrengungen zur Armutsbekämpfung und zur Förderung von Gleichberechtigung und der Entwick-

lung sind Schritte auf dem langen Weg zu einer besser geregelten Migration. Sie sind notwendig, um die Unterschiede zwischen Arm und Reich zu verringern und die Chancen für alle zu verbessern – auch für Frauen. In der Migrationspolitik werden vernünftige Konzepte gebraucht, die wirtschaftliche Interessen berücksichtigen und gleichzeitig die Menschenrechte schützen und die Gleichberechtigung der Geschlechter fördern, so die Forderung von UNFPA.

Christina Kamp

Der Weg der Hoffnung. Frauen und internationale Migration. Weltbevölkerungsbericht 2006.

Deutsche Ausgabe. Hrsg. Deutsche Stiftung Weltbevölkerung, Hampp Verlag, Stuttgart, 2006, 123 Seiten, ISBN 3-936682-30-5.

Englische Originalausgabe: **A Passage to Hope. Women and International Migration. State of World Population 2006.**

United Nations Population Fund (UNFPA), New York, 2006, 107 Seiten.

Im Internet zum Download verfügbar unter www.unfpa.org/swp/

Wenn Staaten lernen lernen

Der hochrangige Dialog über internationale Migration und Entwicklung

Im Rahmen der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York sind am 14. und 15. September 2006 über 120 hochrangige Regierungsvertreter, ein Drittel davon auf Ministerebene, zusammengekommen, um sich über Fragen der internationalen Migration auszutauschen. Die Staatengemeinschaft bekannte sich dazu, dass Migrationspolitik auf der Achtung der individuellen Rechte der Migranten, insbesondere von Frauen und Kindern, basieren müsse. Angesichts der Tatsache, dass rund die Hälfte der weltweit fast 200 Millionen Migranten im jeweiligen Aufenthaltsland arbeiten, lag der Schwerpunkt des Dialogs auf der Frage, wie Migration für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Herkunfts- und der Zielländer nutzbar gemacht werden kann.

Sonnen- und Schattenseite

„Ich spüre, dass sich die Stimmung ändert“, kommentierte UN-Generalsekretär Kofi Annan den allgemeinen Trend, der Migration positive Seiten abzugewinnen und nicht nur über die möglichen Probleme und Gefahren zu sprechen. Dieser Wechsel des Blickwinkels ist bereits ein bedeutender Schritt in Richtung einer konstruktiven Debatte.

Dabei sind die Verknüpfungen zwischen Migration und Entwicklung zahlreich. Angefangen bei Migrationsursachen, zu denen nicht zuletzt die mangelnde wirtschaftliche und politische Entwicklung in den Herkunftsländern zählt, wurde auf dem UN-Dialog der Nutzen von temporären Arbeitsprogrammen und Strategien diskutiert, Migrantenorganisationen und Rückkehrer als Entwicklungsmittler einzusetzen. Neben dem erklärten Bestreben, Geldüberweisungen in die Heimatländer zu erleichtern sowie deren Entwicklungspotenziale zu erhöhen, kamen auch kritische Aspekte der Migration zur Sprache. Hierzu zählen der Menschenhandel und die Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte aus Entwicklungsländern ebenso wie die soziale Ausgrenzung von Migrantinnen und Migranten und der Bedarf an Integrationsstrategien. Insbesondere im Hinblick auf die irreguläre Migration, die von nahezu allen Staaten als ökonomische, soziale und sicherheitspolitische Belastung angesehen wurde, sprach sich die Mehrheit der Vertreter für eine verstärkte internationale Kooperation aus. Ebenso wurden verbesserte legale Migrationsmöglichkeiten als Mittel gegen unautorisierte Einwanderung diskutiert.

Das globale Migrationspuzzle

„Jeder hält ein Stück des Migrationspuzzles in der Hand, aber niemand hat das ganze Bild. Es ist Zeit, die Teile zusammenzufügen“, heißt es in einem Bericht des UN-Generalsekretärs. Dabei hatte niemand erwartet, die Puzzlearbeit bereits auf dem hochrangigen Dialog zu vollenden. Dessen besondere Bedeutung liegt gleichwohl darin, dass die mannigfaltigen Dimensionen der Migration erstmals auf internationalem Parkett diskutiert wurden. Die Staaten teilten die Auffassung, Migration stelle eine internationale Herausforderung dar, der kein Land allein mit nationalen Strategien begegnen könne. Diese Einsicht ist keineswegs selbstverständlich. Bisher hatten sich die Staaten dagegen gesträubt, das Thema auf internationaler Ebene zu erörtern, da Migrationspolitik als rein nationale Frage verstanden wurde. Dies ist insbesondere durch die Sensibilität der Bevölkerung in vielen Staaten bedingt. Gerade in der öffentlichen Diskussion in den Aufnahmeländern verstellen oftmals wenig begründete Befürchtungen, dass die Einwanderung den eigenen Wohlstand oder die eigenen Werte bedrohen könnte, den Blick für rationale Politikdebatten.

Die Diskussion auf dem hochrangigen Dialog kann insofern als Zeichen für einen Paradigmenwechsel angesehen werden. Die Staatenvertreter sprachen sich einheitlich für ein aktives Migrationsmanagement aus. Dieses solle effektiv, realistisch und nachhaltig sowie stärker von Fakten als von Anekdoten geprägt sein.

In dieser Hinsicht fand das von Generalsekretär Kofi Annan vorgeschlagene ‚Globale Konsultativforum‘ breite Zustimmung. Ein derartiges Forum soll den Staaten die Gelegenheit

geben, auf freiwilliger und informeller Basis Erfahrungen auszutauschen und über gemeinsame Anliegen zu beraten. Wenngleich Belgien bereits angeboten hat, im kommenden Jahr die erste Sitzung dieses Forums auszurichten, ist eine Entscheidung darüber, ob und wie dieses Forum eingerichtet wird, erst in den kommenden Wochen zu erwarten.

Blick über den Tellerrand

Der UN-Dialog brachte keine bahnbrechenden, neuen Erkenntnisse. Es ist jedoch von entscheidender Bedeutung, dass er dazu beigetragen hat, gewisse Fakten und Ideen in das Bewusstsein von Regierungen und Verwaltungen zu rücken. In Vorbereitung auf den Dialog mussten sich beinahe alle Staaten der Welt mit der Frage auseinandersetzen, was sie selber tun, um die Potenziale zu nutzen, die die Migration bietet. Herkunftsländer mussten sich fragen, warum sie nicht Verbindungen zu ihrer Diaspora suchen. In der EU wurde eine Diskussion angestoßen, wie die Überweisungskosten von Geldzahlungen in die Heimatländer gesenkt und deren Potenzial für Entwicklung gesteigert werden könne. Auch wird debattiert, von welchen Anwerbspolitiken, insbesondere im Gesundheitsbereich, zugunsten der Herkunftsländer Abstand zu nehmen sei.

Im internationalen Dialog können sich die Staaten über erfolgreiche Strategien und fehlgeschlagene Programme austauschen. Sie können auch lernen, wie Verwaltungen organisiert werden können, um der Multidimensionalität der Migration gerecht zu werden. In vielen Ländern agieren Innen- und Außenministerium, Entwicklungshilfe- und Arbeitsbehörden ohne Absprache oder einheitliche Linie. Auch hier hilft der Blick über die Landes-

grenzen und auf gute Beispiele wie in Belgien, wo die migrationspolitischen Aktivitäten regierungs- und verwaltungsweit koordiniert werden.

Wer die Entscheidungsstrukturen öffentlicher Verwaltungen kennt, weiß, dass dieser Lernprozess langsam ist. Auch deswegen ist ein permanentes internationales Forum der richtige Weg. Viele nationale Einsichten kommen erst durch

den Blick über den Tellerrand. Es kann mit Spannung erwartet werden, welche Einsichten die deutsche und europäische Migrationsdebatte durch verstärkte internationale Diskussion erhält.

Daniel Naujoks

Daniel Naujoks ist Chefredakteur von European Migration Law Net und derzeit Mitarbeiter der Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen in New York.

Globale Migration am Beginn des 21. Jahrhunderts: Eine Welt ohne Grenzen?

DGVN-Fachtagung vom 30. bis 31. Mai 2006 in Berlin

Migration sollte mehr als Chance denn als Bedrohung begriffen werden, so der Tenor einer Fachtagung Ende Mai in Berlin, veranstaltet von der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städtetag. Aus entwicklungspolitischer Perspektive wurden die Vorteile temporärer Arbeitsmigration, der Transfer von Knowhow, die Bedeutung von Geldüberweisungen der Migranten in die Herkunftsländer und die Entwicklungseffekte von Rückkehr oder „zirkulärer Migration“ hervorgehoben.

Migration sei „dreifach positiv“: Migranten würden mehr Geld verdienen, die Wirtschaft des Aufnahmelandes bekomme – je nach Bedarf – qualifizierte oder Billigarbeitskräfte, das Herkunftsland erhalte Rücküberweisungen. Migrationsexperte Antoine Pécoud von der UNESCO in Paris wies darauf hin, dass jedoch nicht nur die Rücküberweisungen von Migranten in ihre Heimatländer erfasst werden sollten, sondern auch die Kosten der restriktiven Maßnahmen, die die Länder ergreifen, um Grenzen abzusichern und Migrationsströme zu kontrollieren.

Neben den demographischen Dimensionen der Migration und ihren Entwicklungswirkungen habe Migration auch mit Demokratisierung zu tun, betonte Rita Süßmuth, Mitglied der Weltkommission für Internationale Migration. Weltweit befinde sich die Demokratie nicht überall auf dem Vormarsch. „Wer in Diktaturen gelebt hat, verteidigt unsere Demokratie oft stärker als wir“, sagte Süßmuth.

Auf der anderen Seite gilt Migration in Deutschland wie auch in anderen Einwanderungsländern als Stabilitätsrisiko. In den großen deutschen Städten werde bereits 2010 jeder zweite Einwohner einen Migrationshintergrund haben, sagte Staatsministerin Maria Böhmer (CDU), Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration.

Gefühlte Zuwanderung

„Solange wir ein Mengenproblem haben, sind die Integrationschancen gering“, meint Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU). Im Augenblick hätte Deutschland jedoch keine Zuwanderung, die Anlass zur Sorge gebe. „Wir haben mehr eine gefühlte Zuwanderung als eine tatsächliche“, so Schäuble. Der Minister sprach sich dafür aus, Migrationsfragen auch in der Entwicklungspolitik stärker zu berücksichtigen. So brauche es zur Bekämpfung von Fluchtursachen europäische Lösungen. Andere Themen seien besser nach dem Subsidiaritätsprinzip zu lösen. So würden sich

Publikationen der DGVN zum Thema Migration

Globale Migration am Beginn des 21. Jahrhunderts: Eine Welt ohne Grenzen? Dokumentation der internationalen Fachtagung vom 30./31. Mai 2006 in Berlin. Blaue Reihe Nr. 96, Hrsg. Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Berlin, 2006. Schutzgebühr: 2,50 Euro.

Mit Beiträgen von Maria Böhmer, Paul de Guchtenaire, John Mollenkopf, Ceri Peach, Bruno Salzmann, Wolfgang Schäuble, Sabine Schlemmer-Schulte, Josef Schmid, Rita Süßmuth, Katja Tombrock-Söll, Christoph Zöpel.

Migration und Vereinte Nationen. UN Basis Informationen Nr. 36, Hrsg. Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Berlin, Mai 2006. ISSN: 1614-5453. www.dgvn.de/pdf/Publikationen/BI-Migration.pdf

Migration in einer interdependenten Welt. Bericht der Weltkommission für internationale Migration. Hrsg. Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN), Berlin, 2006, 88 S., ISBN: 3-923702-99-X. www.dgvn.de/pdf/Publikationen/German_%20GCIM-Report.pdf

Migration als Chance für Entwicklung. Eine Welt Presse 1/2006, Hrsg. Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN), Berlin, 2006, ISSN 1619-5437.

Integrationsfragen vor allem auf lokaler Ebene stellen.

Katja Tombrock-Söll, Abgeordnete im Europäischen Parlament in Brüssel, wies darauf hin, dass die nationale Migrationspolitik auch die Auswirkungen auf andere EU-Mitgliedstaaten berücksichtigen müsse. Die Massenlegalisierung illegaler Einwanderer in Spanien sei auch „ein europäisches Problem“, denn eine Million Menschen könnten sich so frei in der EU bewegen und auch in anderen EU-Staaten arbeiten. Migrationspolitische Entscheidungen dürften nicht unilateral getroffen

werden, so die Europa-Abgeordnete. Auch in der Integrationspolitik könne das Scheitern eines EU-Mitgliedstaates Auswirkungen auf andere haben, wie z.B. die Furcht vor einem Überschwappen der Konflikte in Frankreich gezeigt hat.

Integration als Herausforderung

Erfahrungen aus verschiedenen deutschen Städten zeigen, dass die Integrationsproblematik auf lokaler Ebene zu einem großen Teil ein wirtschaftliches Problem ist. Während Stuttgart es sich leisten kann, in die Integration zu investieren, leidet der Berliner Bezirk Neukölln unter den Folgen der Abwanderung von Industriebetrieben, die soziale Schiefen verstärken und Integrationsprobleme im Bildungsbereich zunehmend an die Oberfläche treten

lässt. Deutschland würde seine Zuwanderer ins Sozialsystem integrieren. „So kann die Integration nicht funktionieren“, meint Barbara John, Beauftragte für Sprachförderung für Migranten im Berliner Senat. Aus Sicht des New Yorker Professors John Mollenkopf führt in den USA die Tatsache, dass Ausländer keinen Anspruch auf Sozialleistungen hätten, dazu, dass sie in der Gesellschaft weitaus stärker akzeptiert seien.

Angesichts der ungelösten Integrationsprobleme in Deutschland und anderen Einwanderungsländern stieß der Weltbankbericht *Global Economic Prospects* (GEP) 2006 auf deutliche Kritik. Der Bericht besagt, dass eine Zunahme der Migration, die die Zahl der Arbeitskräfte in einkommensstarken Ländern bis zum

Jahr 2025 um drei Prozent erhöhen würde, das weltweite Realeinkommen um 0,6 Prozent steigern könnte. Die relativen Gewinne kämen den potenziellen Steigerungen nahe, die sich aus dem Abbau sämtlicher Handelshemmnisse ergeben würden, meinen die Weltbank-Autoren. Für eine zusätzliche Migration in diesem Umfang fehle jedoch in den Zielländern der politische Wille. Zudem seien die Armut senkenden Wirkungen der Migration zweifelhaft, meint Sabine Schlemmer-Schulte vom Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Heidelberg. Besser sollten die Defekte und Asymmetrien der globalen Weltwirtschaft beseitigt werden, als nach mehr Migration in den Norden aufzurufen.

Christina Kamp

Mehr Menschen in Hitze und Staub

Das Internationale Jahr der Wüsten und Wüstenbildung 2006

2006 ist das Internationale Jahr der Wüsten und Wüstenbildung, und für das UN-Wüstensekretariat in Bonn ein Anlass, die ökologische, kulturelle und ökonomische Bedeutung der Wüsten bewusst zu machen. Viele große Religionen und Kulturen sind in Wüstengebieten entstanden. Heute sind diese Regionen durch Klimaveränderungen bedroht. Gleichzeitig finden dramatische soziale und demografische Veränderungen statt.

Die Wüsten der Welt bedecken 19 Millionen Quadratkilometer, fast 15 Prozent der Landfläche der Erde. Dort leben

Desertifikation

Von Desertifikation spricht man, wenn Boden durch zu intensive Nutzung unfruchtbar wird und verödet. Das Problem ist brisant: Die Lebensgrundlage von über 1 Milliarde Menschen in mehr als 110 Ländern ist durch anhaltenden Verlust an fruchtbarem Boden gefährdet. Desertifikation führt zu Hungersnöten, Armut sowie sozialen, wirtschaftlichen und politischen Spannungen, die ihrerseits wieder Konflikte, noch mehr Armut und weitere Bodenverschlechterung zur Folge haben können. Der Kampf gegen die Desertifikation ist deshalb auch ein wichtiger Beitrag zur Erreichung des Millenniumsziels, der Halbierung der Armut bis zum Jahr 2015.

Quelle: IYDD

gegenwärtig 144 Millionen Menschen – und für viele überraschend nimmt ihre Zahl zu. Ein Grund ist, dass 94 Prozent aller Wüstenbewohner in ärmeren Ländern der Welt mit einem zum Teil sehr hohen Bevölkerungswachstum zu Hause sind. Aber das allein erklärt nicht, warum sich die Wüstenbevölkerung in Entwicklungsländern im Laufe des 20. Jahrhunderts verachtfacht hat. Gleichzeitig ist eine starke Urbanisierung zu beobachten. In Wüstenstaaten wie Saudi Arabien und Libyen leben annähernd 90 Prozent der Einwohner in Städten. Im wirtschaftlich weniger entwickelten Niger sind es nur 23,9 Prozent. Aber hier wird sich die städtische Bevölkerung in den nächsten 25 Jahren vervierfachen.

Anpassung an die Wüste

Auf den ersten Blick wirken die Wüstengebiete der Welt alles andere als einladend. Tagsüber können die Temperaturen bis annähernd 80 Grad steigen und nachts auf bis zu minus 10 Grad sinken. Wer hier überleben will, muss

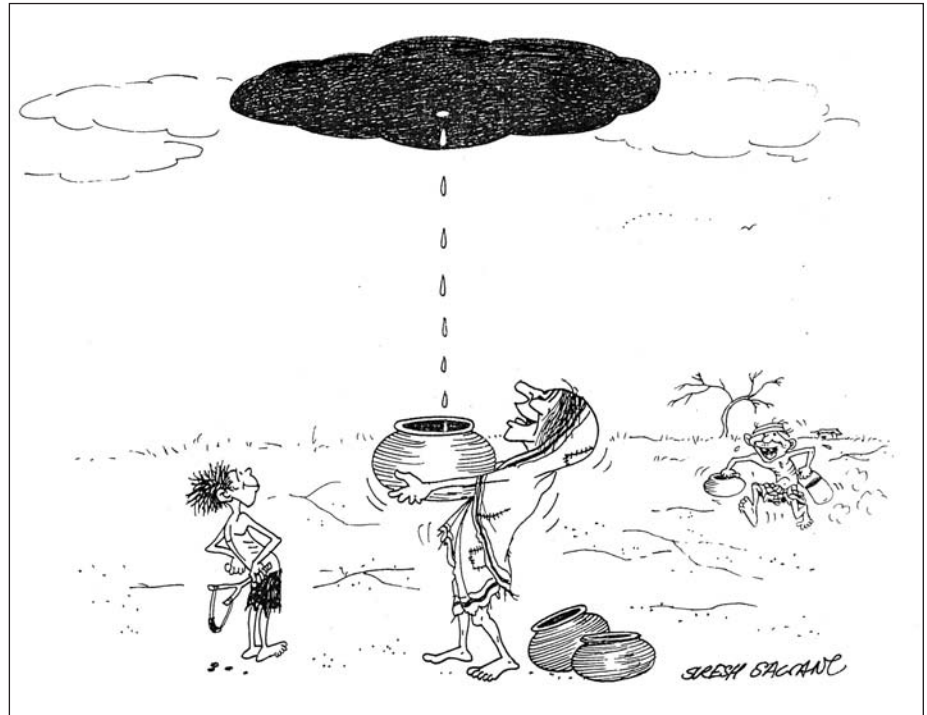
lernen, mit der Wüste und nicht gegen sie zu leben. So kennen Bewohner der Sahara den Nutzen von bis zu 600 Pflanzen und haben gelernt, Kamele und andere Tiere zu zähmen. Vor allem durch den Fernhandel mit Kamelkarawanen kamen viele Wüstenbewohner schon in antiken Zeiten zu Wohlstand, so die Nabatäer im heutigen Jordanien mit ihrer Felsstadt Petra. Timbuktu im Südteil der Sahara wurde durch den Fernhandel so reich, dass hier im Mittelalter 100.000 Menschen lebten.

Allerdings war der Fernhandel nicht nur wegen der gefährlichen Reisen ein risikoreiches Geschäft, sondern auch durch die Verlagerung von Handelsrouten. Als der Handel mit den Reichtümern Asiens sich auf Routen weiter nördlich sowie auf den Seeweg nach Ägypten verlagerte, wurde aus der prächtigen Großstadt Petra eine Geisterstadt. Auch Timbuktu verlor seine Bedeutung für den Transsahara-Handel und hat heute nur noch 30.000 Einwohner.

Im 20. Jahrhundert wurde das Leben in den Wüstenregionen wirtschaftlich noch weniger attraktiv. Das im Vergleich zu Küstenregionen und Großstädten karge Leben in Oasen und Wüsten veranlasste vor allem jüngere Leute zur Migration. Außerdem wirken sich seit der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts globale Klimaveränderungen in den Wüsten aus, die trockener und heißer werden. Das reduziert die ohnehin spärliche Vegetation und damit auch die Lebensmöglichkeiten der Nutztiere. Die den Wüstenverhältnissen angepassten Kamele verloren als Lasttiere an Wert, und in Ländern wie Ägypten veränderten sich unter dem Einfluss westlicher Konsumeinflüsse auch die Essgewohnheiten, so dass Rindfleisch jetzt gegenüber dem Kamelfleisch bevorzugt wird. Aus all diesen Gründen und nicht zuletzt wegen einer vielerorts betriebenen Politik der Sesshaftmachung nimmt die Zahl der Nomaden ständig ab.

Wassermangel und Konflikte

Während also traditionelle Lebensweisen in den Wüstenregionen der Welt auf dem Rückzug sind, ist gleichzeitig ein Bevölkerungszustrom in die Wüsten zu beobachten. Die neuen Wüstenbewohner haben allerdings gänzlich andere Wirtschafts- und Lebensformen eingeführt. Eine wichtige Grundlage dafür sind Tiefbrunnen und Motorpumpen. Mit ihrer Hilfe ist es möglich, fossiles Wasser aus tiefen Schichten an die Oberfläche zu pumpen. Libyen hat mit diesem Wasser in den letzten Jahren in Wüstengebieten große landwirtschaftliche Flächen geschaffen. Überall dort, wo die Bewässerungssysteme hinkommen, wachsen Getreide und Gemüse üppig, einige Zentimeter weiter beginnt die Wüste. Auch Israel, Jordanien und andere Länder des Nahen Ostens haben Wüstengebiete begrünt. Allerdings ist das fossile Grundwasser, das hierfür genutzt wird, vor bis zu einer Million Jahren unter gänzlich anderen klimatischen Verhältnissen entstanden und erneuert sich im heutigen Klima nicht. Was heute für eine oft wenig wassereffiziente Landwirtschaft verwendet wird, fehlt zukünftigen Generationen. Ebenso ist nicht zu übersehen, dass die Übernutzung von Flusswasser verheerende ökologische Auswirkungen hat und gleichzeitig gefährliche politische Kon-



flikte verursacht. So hat die Übernutzung des Jordans und seiner Zuflüsse zur Folge, dass die Wasserspiegel im See Genezareth und im Toten Meer dramatisch sinken. Frieden in der Region kann es nicht geben, solange die Wasserkonflikte nicht gelöst sind.

Auch am Nil gibt es Spannungen unter den Anrainerstaaten über die Nutzung des knappen Wassers. Dennoch treibt Ägypten das Toshka-Bewässerungs- und Besiedlungsprojekt in einem Wüstengebiet in der Nähe des Assuan-Staudamms voran. Drei Millionen Menschen sollen in neu entstehenden Dörfern und Städten inmitten einer blühenden Landschaft angesiedelt werden. Täglich sollen hierfür 25 Millionen Kubikmeter Wasser aus dem Nil durch Kanäle in die Wüste geleitet werden. Gleichzeitig steigt aber der Wasserbedarf von Großstädten wie Kairo und ebenso in den anderen Anrainerstaaten des Flusses. Was geschieht, wenn das Nilwasser nicht mehr für alle reicht, weiß niemand.

Wachsende Wüstenbevölkerung

Ein weiterer Grund für den Bevölkerungszuwachs in Wüstengebieten ist in Ländern wie Tunesien der Tourismus. Urlaub in einer Oase lässt sich weltweit gut vermarkten, auch wenn die Oase dafür grundlegend „modernisiert“ wird mit Fünf-

sternhotels, Restaurants und Golfplätzen. Die tunesische Oase Tozeur ist ein Beispiel dafür. Dass dort der Wasserverbrauch so hoch ist, dass den Dattelpalmen durch die Tiefbrunnen das Wasser abgegraben wird, lässt ahnen, dass diese Nutzung von Oasen nicht nachhaltig ist. Aber vorerst werden damit große Gewinne gemacht und eine gewisse Zahl von Arbeitsplätzen geschaffen. Auch Wüstenstädte wie Sharm el Sheikh in Ägypten setzen auf den Tourismus und bauen zahlreiche große Luxushotels.

Grundlage des Wirtschaftsbooms und verbunden damit der Bevölkerungszunahme in vielen Wüstenstaaten ist das

Bevölkerungszahl der weltweiten Trockengebiete:

1,7 Mrd., ca. 38 Prozent der Weltbevölkerung

Durch Desertifikation beeinflusste Bevölkerung:

2,6 Mrd., ca. 44 Prozent der Weltbevölkerung, von denen 1,4 Mrd. in Gebieten leben, die als Hochrisikogebiete klassifiziert sind.

Quelle: UNEP/GRID Genf 2003/
Geo Data Portal, Eswaran et. al. 2001

Öl unter der Arabischen Wüste und Teilen der Sahara. Etwas mehr als die Hälfte der weltweiten Erdölproduktion stammt aus Wüstengebieten, ebenso die Hälfte des gewonnenen Kupfers. Die Stadt Dubai hatte am Ende des Zweiten Weltkriegs etwa 20.000 Einwohner, heute sind es etwa eine Million, von denen über 80 Prozent aus anderen Ländern zugewandert sind.

Reichtum und Beschäftigungsmöglichkeiten haben auch auf entferntere Wüstengebiete Auswirkungen. So arbeiten seit Jahrzehnten viele Jemeniten als Gastarbeiter in Saudi Arabien und am Persischen Golf. Das hat einen gewissen Wohlstand ermöglicht, verbunden mit einer Urbanisierung. Die Einwohnerzahl der jemenitischen Hauptstadt Sana'a ist in

drei Jahrzehnten von 80.000 auf 1,5 Millionen gestiegen. Nun drohen die Grundwasservorräte zu Ende zu gehen. Meerwasser zu entsalzen und auf die Hochebene zu pumpen, würde zu einem Wasserpreis führen, den sich viele nicht leisten könnten – ein Beispiel dafür, wie fragil die Besiedlung der Wüsten ist, wenn keine Rücksicht auf die ökologischen Bedingungen genommen wird. Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) plädiert in seiner 2006 veröffentlichten Studie „Global Deserts Outlook“ für eine umsichtigeren Nutzung des knappen Wassers in Wüstengebieten sowie ein Wassermanagement, das traditionelles Wissen und moderne Technik verbindet. Geschieht dies nicht, so ist zu befürchten, dass viele neue Wüstenbewohner weiterziehen müssen, wenn die Wasservor-

räte der Region ausgeplündert sind. Es gilt, so UNEP, ein „Verständnis für den Ort“ zu entwickeln, an dem man lebt, und eine alternative, nachhaltige Entwicklung in Wüstengebieten zu betreiben.

Frank Kürschner-Pelkmann

Frank Kürschner-Pelkmann arbeitet als freier Journalist zu entwicklungspolitischen und ökologischen Themen in Hamburg.

Literatur/Materialien:

United Nations Environment Programme (UNEP): Global Deserts Outlook, Nairobi, 2006. www.unep.org/geo/GDOOutlook/

Weitere Informationen im Internet:

www.iydd2006.de
www.iydd2006.org

Ausgrenzung macht Kinder „unsichtbar“

UNICEF-Jahresbericht: Zur Situation der Kinder in der Welt 2006

Kinder werden ausgegrenzt, wenn sie keinen Zugang zu wichtigen Leistungen und Gütern haben, nicht gleichberechtigt an der Gesellschaft teilhaben können oder wenn sie Gewalt, Missbrauch und Ausbeutung schutzlos ausgeliefert sind. Im Extremfall werden ausgegrenzte Kinder buchstäblich „unsichtbar“. Der UNICEF-Jahresbericht „Zur Situation der Kinder in der Welt 2006“ lenkt den Blick auf das Schicksal der ärmsten Kinder, die am Rand der Gesellschaft leben.

UNICEF befürchtet, dass die besonders benachteiligten Kinder bei den Anstrengungen zur Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele im Kampf gegen die Armut übersehen werden. Zu den unsichtbaren Kindern gehören:

Kinder ohne offizielle Identität

Jedes Jahr werden ungefähr 55 Prozent aller Geburten in den Entwicklungsländern nicht registriert, etwa 48 Millionen. Kinder ohne Geburtsurkunde oder andere offizielle Papiere haben oft kaum eine Chance, staatliche Leistungen zu erhalten, von einem Platz in der Schule bis zur Krankenhausbehandlung. Kinderehen, sexueller Missbrauch von Minderjährigen oder der Einsatz von Kindersoldaten lassen sich nur schwer nachweisen und strafrechtlich verfolgen, wenn das Alter der betroffenen Kinder nicht genau festgestellt werden kann.

Kinder im Krieg und auf der Flucht

Ende 2004 waren weltweit rund 48 Prozent aller Flüchtlinge Kinder. Im selben

Jahr waren insgesamt 25 Millionen Menschen in ihrem eigenen Land auf der Flucht vor Krieg oder Menschenrechtsverletzungen. Flüchtlingskinder sind zahlreichen Risiken ausgesetzt. Viele werden von ihren Familien getrennt. Sie verlieren ihr Zuhause oder müssen plötzlich unter Bedingungen leben, die ihre Gesundheit und ihre Sicherheit gefährden. Der Krieg raubt ihnen auch jede Chance auf eine gute Schulbildung. Wenn Kinder auf der Flucht ihre Eltern verlieren, laufen sie Gefahr, als Kindersoldaten rekrutiert, ausgebeutet oder missbraucht zu werden. Vor allem Mädchen werden Opfer sexueller Gewalt, die in vielen Kriegen gezielt als Waffe eingesetzt wird. Nach der Rückkehr in ihre Dörfer bleiben viele mit ihren seelischen und körperlichen Problemen allein zurück. Junge Frauen, die als Kind verschleppt und von Soldaten vergewaltigt wurden, werden oft von ihren Familien abgelehnt, wenn sie mit „Kriegsbabys“ zurückkehren.

Waisenkinder

Die Aids-Epidemie führt dazu, dass die Zahl der Waisenkinder weltweit zunimmt. 15 Millionen Kinder – so viele Kinder wie in ganz Deutschland leben – haben durch die Krankheit ihre Mutter, ihren Vater oder beide Eltern verloren. Insgesamt gab es Ende 2003 in 93 untersuchten Entwicklungsländern 143 Millionen Waisen unter 18 Jahren. Die überwiegende Mehrheit von ihnen lebt in Afrika südlich der Sahara, wo allein im Jahr 2003 etwa 5,2 Millionen Kinder zu Waisen wurden. Viele von ihnen leben in extremer Armut, immer mehr Kinder sind ganz sich selbst überlassen und müssen die Schule abbrechen.

Straßenkinder

Mindestens 100 Millionen Kinder leben und arbeiten auf der Straße. Es ist anzunehmen, dass ihre Zahl mit dem Wachstum der Weltbevölkerung und der rasch fortschreitenden Verstädterung steigt. Sechs von zehn Stadtbewohnern sind

heute jünger als 18 Jahre. In jeder größeren Stadt gibt es Straßenkinder, auch in den reichen Metropolen der Industrienationen. Viele Straßenkinder haben noch Kontakt zu ihren Familien und arbeiten auf der Straße, um etwas zum Einkommen ihrer Familien beizusteuern. Andere sind von zu Hause weggelaufen, oft auf der Flucht vor seelischen, körperlichen oder sexuellen Misshandlungen. Straßenkinder werden häufig von der Polizei schikaniert. Sie werden zusammengetrieben, verschleppt und außerhalb der Stadtgrenzen ausgesetzt. Immer wieder werden Kinder von selbst ernannten Bürgerwehren umgebracht, angeblich zur „Säuberung der Stadt“ – und oftmals mit stillschweigender Duldung der örtlichen Behörden.

Kinder, die verheiratet werden

Jedes Jahr werden Millionen Mädchen noch als Kind verheiratet. Kinderehen sind oft der Anfang lebenslanger Unterwerfung. In vielen Kulturen werden Mädchen als wirtschaftliche Belastung angesehen. Deshalb steigt die Zahl der Kinderehen an, wenn wirtschaftliche Not zunimmt. Frühe Schwangerschaft und Geburt bedrohen die Gesundheit der Mädchen. Komplikationen während der Schwangerschaft oder Geburt sind weltweit die Hauptursache aller Todesfälle bei Mädchen im Alter zwischen 15 und 19 Jahren. Das Risiko, bei der Geburt zu sterben, ist für unter 15-jährige Mädchen fünfmal höher als für Frauen über 20 Jahre.

Kinder als Sklavenarbeiter

Weltweit arbeiten schätzungsweise 246 Millionen Kinder, 171 Millionen unter Bedingungen, die ihrer Gesundheit und Entwicklung schaden. Je jünger die Kinder sind, desto stärker sind sie gefährdet. Rund 73 Millionen Arbeiter weltweit sind nicht einmal zehn Jahre alt. Schätzungsweise 8,4 Millionen Kinder arbeiten unter schlimmsten Bedingungen: Sie werden verkauft und stehen völlig unter der Kontrolle ihres Arbeitgebers. Unter sklavenähnlichen Bedingungen arbeiten Kinder in Kiesgruben in Lateinamerika, in Ziegelfabriken in Südasien oder in Steinbrüchen im südlichen Afrika. Mädchen, die in Privathaushalten arbeiten, müssen oft 24 Stunden am Tag ab-

zurück sein und sind durch körperliche, seelische und sexuelle Gewalt bedroht.

Kinder als Opfer von Menschenhändlern

Weltweit fallen nach Schätzungen jedes Jahr mehr als 1,2 Millionen Kinder Menschenhändlern zum Opfer. Sie werden gewaltsam verschleppt, betrogen oder durch falsche Versprechungen dazu gebracht, den Schleppern zu folgen. Wenn sie in Länder gebracht werden, in denen sie sich

nicht verständigen können, wird es fast unmöglich, Hilfe zu suchen. Kinder, die einmal in den Fängen der Menschenhändler sind, werden oft mehrfach weiterverkauft.

Eine Million Kinder in Gefängnissen

UNICEF geht davon aus, dass mehr als eine Million Kinder weltweit inhaftiert sind, oft wegen kleinster Delikte. Genauere Informationen fehlen, obwohl Datenmangel gerade in diesem Bereich

Kinderrechte für alle Kinder

Folgende Punkte sind laut UNICEF entscheidend, damit wirklich alle Kinder von Fortschritten bei der Beseitigung der Armut profitieren:

- **Verpflichtungen einhalten:** Die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele bis 2015 ist Voraussetzung, um allen Kindern ein gesundes und sicheres Aufwachsen zu garantieren. Regierungen müssen ihre Gesetzgebung im Sinne der Kinderrechtskonvention reformieren und die Gesetze durch sozialpolitische Maßnahmen unterstützen. Staatshaushalte müssen stärker auf die Bedürfnisse von Kindern ausgerichtet werden. Ausgegrenzte Kinder sind gezielt zu unterstützen, damit sie ihr Recht auf Teilhabe an der Gesellschaft wahrnehmen können. Zum Schutz der ärmsten Kinder gehört auch, dass Verbrechen an Kindern wirksam verfolgt und bestraft werden, die Opfer dürfen nicht kriminalisiert werden.
- **Ausgegrenzte Kinder sichtbar machen:** Um das Ausmaß von Benachteiligung und Ungleichheit in einer Gesellschaft einschätzen zu können, müssen mehr Daten zur Situation der Kinder ermittelt und diese genau aufgeschlüsselt werden – nach Faktoren wie Alter, Geschlecht, Haushaltseinkommen, geographischer Lage.
- **Armut bekämpfen:** Strategien zur Armutsbekämpfung müssen korrigiert werden, um Kinder am Rand der Gesellschaft einzubeziehen. Die Finanzmittel müssen aufgestockt oder zugunsten sozialer Investitionen umgeschichtet werden, damit sie den besonders benachteiligten Kindern in den ärmsten Ländern zugute kommen.
- **Hilfe für Kinder in Krisengebieten:** Die internationale Gemeinschaft muss versuchen, bewaffnete Konflikte zu verhindern oder beizulegen. Schwache Staaten dürfen nicht sich selbst überlassen werden. Nur so können Kinder und Frauen, die gerade dort auf Unterstützung angewiesen sind, geschützt und versorgt werden.
- **Schutz vor Aids:** Die Auswirkungen von Aids auf Kinder und Jugendliche müssen stärker als bisher beachtet werden. Aufklärungskampagnen sind nötig, damit junge Leute sich schützen können. HIV-infizierte Kinder und Waisen brauchen Schutz vor Ausgrenzung und Stigmatisierung.
- **Diskriminierung bekämpfen:** Regierungen und Gesellschaften müssen stärker gegen Diskriminierung vorgehen. Gesetze müssen durch Initiativen und Programme ergänzt werden, die insbesondere Frauen und Mädchen, Kinder aus ethnischen Minderheiten und behinderte Kinder vor Ausgrenzung und Benachteiligung schützen.

unentschuldigbar ist. Schließlich befinden sich Kinder in Gefängnissen in der Obhut des Staates und sollten dementsprechend registriert und geschützt sein. Häufig jedoch werden straffällig gewordene Jungen und Mädchen nicht wie Kinder, sondern wie erwachsene Straftäter behandelt. Sie sind zudem durch gewaltsame Übergriffe gefährdet. Oftmals duldet das Wachpersonal körperliche und sexuelle Gewalt von erwachsenen Häftlingen. Oder Gefängnisbeamte und Polizisten vergreifen sich selbst an den Minderjährigen.

Gezielte Unterstützung nötig

Mit seinem Jahresbericht ruft das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen

(UNICEF) dazu auf, diese Kinder mit gezielten Programmen zu unterstützen. Entwicklungsfortschritte erreichen oft gerade die Kinder nicht, die Unterstützung am dringendsten brauchen. So richten sich die Indikatoren für Fortschritte im Hinblick auf die Millenniumsziele nach nationalen Durchschnittswerten. Kinder am Rand der Gesellschaft werden so leicht übersehen. Erst bei einer differenzierten Auswertung nationaler Statistiken und Daten von Haushaltsumfragen zeigen sich die Gegensätze, die sich innerhalb vieler Entwicklungsländer zwischen Reich und Arm, zwischen Stadt und Land oder auch zwischen der Mehr-

heitsbevölkerung und Angehörigen ethnischer Minderheiten auf. UNICEF ruft dazu auf, im Kampf gegen die Armut die ärmsten Kinder besonders in den Blick zu nehmen.

Christina Kamp

Zur Situation der Kinder in der Welt 2006 - Kinder ohne Kindheit. UNICEF-Jahresbericht. Fischer Verlag, Frankfurt am Main, 2005. ISBN-13: 978-3-596-16909-2.

„Rent-a-womb“: Fortpflanzungstourismus als Outsourcing-Geschäft

Zunehmende Unfruchtbarkeit, rascher medizinischer Fortschritt, unterschiedliche Rechtssituationen und Wertvorstellungen und ein Preisgefälle zwischen Reich und Arm lassen „Fortpflanzungstourismus“ zu einem boomenden Geschäft werden. Nach Meinung britischer Experten könnten sich die Fälle von Unfruchtbarkeit in den kommenden zehn Jahren verdoppeln. Immer mehr Frauen oder Paare mit unerfülltem Kinderwunsch suchen die Lösung ihres Problems im Ausland.

Bereits etwa jedes sechste Paar in Europa hat Probleme, auf natürliche Weise Nachwuchs zu bekommen. Umweltgifte, sexuell übertragbare Krankheiten und Fettleibigkeit zählen zu den Hauptursachen. Auf „Reproreisen“ suchen und finden Fortpflanzungstouristinnen Zugang zu Behandlungsmethoden, die in ihren Heimatländern teuer oder verboten sind. An dem wachsenden Geschäft mit der Hoffnung haben auch einige Entwicklungsländer mit guter privater medizinischer Versorgung ihren Anteil. So gilt Jordanien als beliebtes Ziel, wenn es auf das Geschlecht des Kindes Einfluss genommen werden soll. Neben osteuropäischen Ländern und Russland verfügt auch China über moderne Technologien für eine künstliche Befruchtung. Südafrikanische Kliniken werben mit niedrigen Preisen für Eizellspenden, die in Deutschland durch das Embryonenschutzgesetz verboten sind.

Leihmütter in Indien

Besonders „billig“ können sich Ausländerinnen ihren Kinderwunsch in In-

dien erfüllen bzw. erfüllen lassen. In einer Klinik in Mumbai zum Beispiel betragen die Kosten nur etwa ein Zehntel dessen, was die auf Nachwuchs hoffenden Frauen zum Beispiel in den USA bezahlen müssten. Die indischen Frauen, die als Leihmütter dienen, kommen vorwiegend aus der unteren Mittelschicht. Sie erhalten für eine Leihmutterschaft rund 2.500 US-Dollar – viel Geld in Indien, wo fast 80 Prozent der Bevölkerung mit weniger als zwei US-Dollar am Tag auskommen müssen.

Gefahr der Stigmatisierung

Zwar weisen Ärzte, die an dem Fortpflanzungstourismus verdienen, darauf hin, dass für die indischen Leihmütter während der Schwangerschaft gut gesorgt werde und sichergestellt würde, dass sie keine zu enge Bindung zu dem Kind entwickelten. Doch in der indischen Presse gibt es auch deutliche Kritik an dem neuen Outsourcing-Geschäft. In der „Asia Times“ vom 16. Juni 2006 weist Sudha Ramachandran darauf hin, dass eine indische Frau,

die ein Kind austrägt, das nicht das Kind ihres Mannes ist, von der Gesellschaft stigmatisiert werde. Zudem könne in einem Land wie Indien, wo eine Frau ihrem Mann und dessen Familie zu Gehorsam verpflichtet sei, nicht ausgeschlossen werden, dass sie auf Druck der Familie und gegen ihren eigenen Willen einer Leihmutterschaft zustimmt.

Geburt als Risiko

Wenig Beachtung fand dagegen bislang die Tatsache, dass mit 540 Todesfällen pro 100.000 Lebendgeburten die Müttersterblichkeit in Indien sehr hoch ist, nicht selten aufgrund der schlechten Ernährungslage der Mütter. Selbst wenn eine Frau als Leihmutter deutlich besser versorgt wird als bei der Schwangerschaft und Geburt ihrer eigenen Kinder, so bleibt eine Geburt doch immer mit einem ohnehin bestehenden erheblichen Risiko verbunden – einem Risiko, das so einfach mit ausgelagert wird.

Christina Kamp

WHO warnt vor Personalmangel im Gesundheitswesen

Der gravierende Mangel an Personal im Gesundheitswesen beeinträchtigt die medizinische Versorgung der Bevölkerung in Entwicklungsländern, warnt die Weltgesundheitsorganisation (WHO) in ihrem diesjährigen Weltgesundheitsbericht „Working together for health“. Lebensrettende Maßnahmen wie die Impfung von Kindern, die Betreuung von Frauen während der Schwangerschaft und Geburt und die Behandlung von HIV/Aids, Malaria und Tuberkulose könnten nicht sichergestellt werden. In den 57 am schlimmsten von der Krise betroffenen Ländern seien mehr als vier Millionen zusätzliche Ärzte, Krankenschwestern, Hebammen, Manager und Assistenten im Gesundheitsbereich nötig. 36 Länder mit dem größten Mangel an Gesundheitspersonal liegen in Afrika südlich der Sahara. In dieser Region leben 11 Pro-

zent der Weltbevölkerung. Sie tragen 24 Prozent der globalen Krankheitslast, haben aber nur drei Prozent des medizinischen Personals. Hier seien dringend Verbesserungen im Gesundheitswesen erforderlich, zum Beispiel in Bezug auf die Ausbildung, Bezahlung und die Arbeitsbedingungen von medizinischen Fachkräften. Die WHO weist auch darauf hin, dass viele Entwicklungsländer quasi die reichen Länder subventionieren, indem sie ihnen Tausende ausgebildeter Ärzte und Krankenschwestern schicken. Die Nachfrage nach Gesundheitspersonal in einigen Industrieländern lockt immer mehr qualifizierte Migranten aus dem Süden an. Mit alternder Bevölkerung in einigen Industrieländern wird diese Nachfrage voraussichtlich noch weiter zunehmen.

ck

Tsunami-Ehen in Tamil Nadu

Nach indischen Zeitungsberichten kommt es im Bundesstaat Tamil Nadu immer wieder zu „Tsunami-Ehen“. Ältere „Onkel“, häufig tatsächlich Verwandte, heiraten junge Mädchen, die in manchen Fällen erst 13 oder 14 Jahre alt sind, wenngleich sie behaupten, bereits volljährig zu sein. Oft, so heißt es, gehe es dem „Onkel“ vor allem um das Geld, das die jungen Waisinnen von der Regierung bekommen, oder sie würden im Haushalt ausgebeutet. Die Nichtregierungsorganisation Social Need Education and Human Awareness (SNEHA) hat in insgesamt 20 Dörfern im besonders vom Tsunami betroffenen Nagapattinam Distrikt bereits 112 solcher „Tsunami-Ehen“ gezählt. Über die Hälfte der Haushalte in den betroffenen Gebieten würden von Frauen, in vielen Fällen von Minderjährigen, geführt.

ck

UNO-Gespräch zur Weltdekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“

Mit der Weltdekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (2005–2014) wollen die Vereinten Nationen die Idee der nachhaltigen Entwicklung weltweit in den nationalen Bildungssystemen verankern. Bildungsdekaden sind bei den Vereinten Nationen nicht neu. Auch die neue UN-Dekade wird die Probleme Afrikas nicht lösen können, sagte Alpha Oumar Konaré, Vorsitzender der Kommission der Afrikanischen Union auf dem siebten UNO-Gespräch am 20. Oktober in Bonn.

Dennoch hat das neue Konzept einen Mehrwert, denn anders als zum Beispiel die Alphabetisierungsdekade fördert „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ nicht nur auf Wissensvermittlung, sondern handlungsorientiertes politisches Lernen und Bewusstseinsbildung und Identifikation mit dem eigenen Lebensraum. Für Afrika heißt das, dass die Bevölkerung lernen müsse, ihre eigenen Probleme

selbst in die Hand zu nehmen, meint Konaré. „Doch wie will man den Menschen Bildung angedeihen lassen, die in Konfliktsituationen leben?“, fragte der ehemalige Staatspräsident der Republik Mali. Es gebe keine Institution, die die täglichen Herausforderungen in Afrika löst. Deshalb meint er: „Wir brauchen eine endogene nachhaltige Entwicklung. Dazu zählt auch gute Regierungsführung. Für die Konflikte übernehmen wir die Verantwortung selbst, diesbezüglich hat Afrika vor seiner eigenen Tür zu kehren.“ Doch es gebe auch ein Minimum an internationaler Solidarität, das einzuhalten sei.

MDGs in weiter Ferne

Was Afrika angeht, so werden die Millenniums-Entwicklungsziele (MDG) bis 2015 nicht erreicht werden. Beim Index für nachhaltige Entwicklung (HDI) findet sich kein afrikanisches Land südlich der Sahara unter den ersten 100.

Hungersnöte und Krankheiten wie HIV/Aids, Malaria und Tuberkulose fordern jedes Jahr unzählige Opfer. Viele Kinder sterben, weil sie keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben. Zwar sei versprochen worden, für die Millenniums-Entwicklungsziele neue Finanzierungsquellen zu erschließen, doch die Versprechen seien nicht eingehalten worden. „Was heißt denn schon der Verzicht auf große Schuldenbeträge, was heißt ‚ein paar Prozent mehr in ein paar Jahren‘ – während heute etwas getan werden muss?“ fragte Konaré. Die Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ sei ein politisches Projekt, so betonte er – aber sie sei auch ein humanistisches Projekt, bei dem der Mensch im Vordergrund stehe.

ck

Weitere Informationen im Internet:
www.dekade.org

Arm und nicht glücklich

Mit einer „Weltkarte des Glücks“ zeigen britische Forscher der Universität Leicester, dass sich die Menschen vor allem in den Ländern als „zufrieden“ bezeichnen, die über eine gute Gesundheitsversorgung, ein hohes Pro-Kopf-Einkommen und Zugang zu Bildung verfügten. Ganz am unteren Ende einer Skala von 178 untersuchten Ländern finden sich afrikanische Länder wie der Sudan, die DR Kongo, Simbabwe und Burundi, aber auch die Ukraine, die Republik Moldau und Armenien. China und Indien, die bevölkerungsreichsten Länder der Welt, liegen auf Platz 82 und 125, Deutschland auf Platz 35.

ck

Entwicklungsfinanzierung neu gestalten

Social Watch Deutschland Report 2006

Unter dem Titel „Kein Geld für die Armen?“ beschäftigt sich der diesjährige Social Watch Deutschland Report mit den Perspektiven der globalen Entwicklungsfinanzierung und der Neugestaltung der internationalen Finanzarchitektur. Um die Millenniums-Entwicklungsziele bis 2015 zu erreichen, müssen die einzelnen Staaten erhebliche finanzielle Ressourcen aufbringen. Um tragfähige Strukturen für eine finanzielle und wirtschaftliche Steuerung von Entwicklungsfinanzierung zu schaffen, fordert Social Watch die Übertragung der entwicklungspolitischen Aufgaben von IWF und Weltbank an eine UN-Agentur, interna-

tionale Steuern und die Gründung einer internationalen Steuerorganisation. Die Finanzierung von Entwicklung durch die EU sieht der Bericht kritisch. Es würden „Buchhaltungstricks“ angewandt, anstatt die Investitionen in die MDGs zu erhöhen. Die Erhöhung des Etats des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung weise zwar in die richtige Richtung, sei aber noch immer völlig unzureichend.

ck

Weitere Informationen im Internet:
www.eed.de/mdg, www.social-watch.de

Die Welt als Dorf

Wenn die Welt ein Dorf...
 mit nur 100 Einwohnern wäre...

...lebten dort:

61 Asiaten
14 Afrikaner
11 Europäer
9 Lateinamerikaner und
5 Nordamerikaner.

Bevölkerung

29 von ihnen wären Kinder unter 15 Jahren. 7 wären älter als 65.
 50 Menschen im Dorf wären Frauen. 50 wären Männer.

Armut

53 Bewohner würden von weniger als 2 US-Dollar am Tag leben.
 12 Menschen hätten nicht genügend Wasser zur Verfügung.

Familienplanung

Im Durchschnitt bekämen die Frauen 3 Kinder.
 Von den 26 Frauen zwischen 15 und 49 Jahren, die in einer Partnerschaft leben, würden 14 eine Verhütungsmethode anwenden.

Zukunft 2050

Im Jahre 2050 würden bereits
 141 Menschen im Dorf leben.

Davon wären: 81 Asiaten
 31 Afrikaner
 12 Lateinamerikaner
 10 Europäer und
 7 Nordamerikaner.